

PRESSEINFORMATION

AMNESTY
INTERNATIONAL



AMNESTY INTERNATIONAL DIE WELTWEIT GRÖSSTE MENSCHENRECHTSORGANISATION

Besonders engagiert sich Amnesty:

- gegen Folter, Todesstrafe, politischen Mord, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und das „Verschwindenlassen“ von Menschen,
- für die Freilassung gewaltloser politischer Gefangener, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Überzeugung inhaftiert sind,
- für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen,
- für den Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden,
- für eine wirksame Kontrolle des Waffenhandels,
- für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und Unterdrückung,
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte,
- für faire und zügige Gerichtsverfahren, insbesondere bei politischen Gefangenen,
- für Programme zur Menschenrechtsbildung und zur Förderung des Bewusstseins für die Menschenrechte.

Amnesty International dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und bringt sie an die Öffentlichkeit. Gemeinsam mit ihren Mitgliedern und Unterstützer_innen setzt sich die Organisation für konkrete Verbesserungen ein.

Weltweit recherchieren Amnesty-Ermittler_innen, sogenannte Researcher, zu Menschenrechtsverletzungen in einer von ihnen betreuten Region. Regelmäßig reisen sie in Krisengebiete und in Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden. Dort sprechen sie mit Opfern, Anwälten_innen, Angehörigen oder auch Vertreter_innen von Nichtregierungsorganisationen. Jede Information wird mehrfach überprüft. Die Ergebnisse dieser Ermittlungsreisen werden in Berichten und anderen Publikationen veröffentlicht. Eng mit den Researchern zusammen arbeiten sogenannte Campaigner. Sie entwickeln Kampagnenstrategien und Aktionsmöglichkeiten für die Mitglieder und Aktivist_innen, um die Ermittlungsergebnisse schnell und wirkungsvoll an die internationale Öffentlichkeit zu bringen.

In Deutschland setzen die hauptamtlichen Mitarbeiter_innen der Sektion diese Arbeit gemeinsam mit den ehrenamtlichen Gruppen auf nationaler Ebene um. Sie koordinieren die bundesweite Arbeit zu Einzelfällen und tragen die Analysen und Empfehlungen der Researcher

an die Bundesregierung und in die deutsche Öffentlichkeit. Sie setzen sich für konkrete Ziele wie die Freilassung einer Gefangenen, eine Gesetzesänderung oder internationalen Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge ein und mobilisieren deutschlandweit Menschen dafür, sich an Amnesty-Aktionen zu beteiligen.

Die weltweite Bewegung

Gegründet:	1961, von Peter Benenson (Rechtsanwalt, † 2005)
Internat. Generalsekretärin:	Agnès Callamard
Sitz des Internat. Sekretariats:	London
Unterstützer_innen:	Weltweit unterstützen mehr als zehn Millionen Menschen Amnesty International als Mitglieder, finanzielle Förderer_innen oder Aktivist_innen

Die deutsche Sektion

Gegründet:	1961, u. a. von Carola Stern († 2006) und Gerd Ruge
Generalsekretär:	Markus N. Beeko
Vereinssitz:	Berlin
Mitglieder & Spender_innen:	rd. 155.000
Gruppen:	rd. 600 (inklusive Jugend- und Hochschulgruppen sowie Länder-, Regional- und Themenkoordinationsgruppen)

Netzwerk Urgent Actions

Amnesty setzt sich weltweit gegen drohende Menschenrechtsverletzungen ein. Wenn Amnesty von willkürlichen Festnahmen, Morddrohungen, vom „Verschwindenlassen“ von Personen, von Folterungen oder Hinrichtungen erfährt, startet die Organisation eine sogenannte Urgent Action. Binnen weniger Stunden tritt weltweit ein Netzwerk von mindestens 165.000 Menschen in Aktion. Auch in Deutschland beteiligen sich Tausende Menschen an den Urgent Actions.

Die Mitglieder und Unterstützer_innen von Amnesty wenden sich umgehend per Brief, E-Mail oder Fax an die verantwortlichen Stellen des menschenrechtsverletzenden Staates. Bei den Adressaten gehen Tausende von Appellschreiben aus aller Welt ein.

2020 gab Amnesty etwa 170 neue Urgent Actions zu Gunsten bedrohter Menschen heraus. Etwa jede fünfte Urgent Action führt zu positiven Entwicklungen: zum Beispiel zu Freilassungen, Hafterleichterungen, Umwandlungen von Todesurteilen oder Anklagen gegen die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen.

